



11. April 2007

Schriftliche Anfrage

von Karin Rykart Sutter (Grüne)

Im 20 Minuten vom 28. März 2007 wurde unter dem Titel „Videoüberwachung in städtischen Siedlungen“ berichtet, dass immer mehr städtische Siedlungen videoüberwacht werden. Gemäss Bericht ist bereits der Datenschützer Marcel Studer aktiv geworden.

In diesem Zusammenhang bitte ich um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wieviele und welche städtische Siedlungen werden mittels einer Videokamera überwacht?
2. Seit wann werden städtische Siedlungen videoüberwacht?
3. Wurden die Bewohner/Innen der betroffenen Siedlungen über die Installation der Videokamera informiert?
4. Wer bestimmt, wann und bei welchen Siedlungen eine Videokamera installiert wird?
5. An welchen Orten in der Siedlung werden die Videokameras installiert?
6. Was passiert mit dem gefilmten Material? Wie lange wird es aufbewahrt?
7. Was ist der Zweck der Videoüberwachung? Ist eine Evaluation vorgesehen, welche Aufschluss gibt, was die Videoüberwachung sicherheitsmässig bringt?
8. Weshalb hat man im Vorfeld nicht abgeklärt, ob diese Videoüberwachung mit dem Datenschutz vereinbar ist?